

Ressort: Politik

Hilfspaket für Zypern verzögert sich

Brüssel, 09.01.2013, 04:21 Uhr

GDN - Zypern kann nicht mit schneller Hilfe der Europäer rechnen. Nach Informationen des "Handelsblatts" (Mittwochausgabe) aus Verhandlungskreisen wollen die Euro-Finanzminister erst Anfang März ein Rettungspaket bewilligen.

Bisher war die Entscheidung für das Treffen der Euro-Gruppe am 21. Januar erwartet worden. Man wolle die bevorstehende Präsidentschaftswahl in Zypern abwarten, sagten EU-Diplomaten. Die beiden Wahlgänge sind für den 17. und den 24. Februar angesetzt. In der Euro-Zone hofft man auf einen Machtwechsel. Die Gespräche mit dem amtierenden Präsidenten Dimitris Christofias gestalten sich schwierig. So lehnt er den Verkauf von Staatsbetrieben kategorisch ab. Ohne Privatisierungseinnahmen sei das Land aber nicht zu sanieren, hieß es in Brüssel. Auch in Berlin ist man über die geringe Reformbereitschaft von Christofias verärgert. Doch nicht nur die Gespräche mit Zypern ziehen sich. Auch die Geldgeber selbst sind sich noch nicht einig. Die Europäer und der Internationale Währungsfonds (IWF) diskutieren, wie die Schuldentragfähigkeit des Landes sichergestellt werden soll. Durch die Hilfskredite würde sich der Schuldenstand des Landes drastisch erhöhen. Am besten seien daher direkte Kapitalspritzen aus dem Euro-Rettungsfonds ESM für die zyprischen Banken, heiße es beim IWF. Dann würden die Kredite nicht in die Staatsschuld einberechnet. Diese Lösung lehnen Deutschland und andere Euro-Länder jedoch ab. Die Retter suchen nun andere Wege: Neben den Privatisierungserlösen sollten Einnahmen aus der Erdgasförderung im Mittelmeer genutzt werden, um die Hilfskredite zu tilgen, erfuhr das "Handelsblatt" aus Verhandlungskreisen. Im zyprischen Hoheitsgebiet sind umfangreiche Gasvorkommen entdeckt worden. Die Euro-Zone und der IWF verhandeln mit Zypern über Hilfskredite in Höhe von 17,5 Milliarden Euro. Davon waren ursprünglich neun Milliarden für die Rekapitalisierung der zwei zyprischen Großbanken bestimmt. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass die beiden Institute womöglich bis zu elf Milliarden Euro benötigten, sagten EU-Diplomaten. Hinzu kommen noch Hilfen für den Staatshaushalt.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-5453/hilfspaket-fuer-zypern-verzoegert-sich.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619